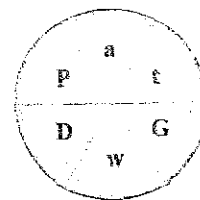


Deutsche Patientengewerkschaft e.V.

(DPatGw)



Vereinsvorstand
☎ +49 (0)2066 / 9939958
☎ +49 (0)2066 / 9939958
☎ +49 (0)2841 / 8833754
E-Mail: info@dpatgw.de
www.dpatgw.de

Deutsche Patientengewerkschaft e.V. · Postfach 200 209 · 47422 Moers

Gesundheitsminister
Herrn Dr. Philipp Rösler
Bundesministerium für Gesundheit
Friedrichstr. 108

10117 Berlin

Moers, den 23.06.2010

Betr.: Gesundheitsreform

Sehr geehrter Herr Dr. Rösler,

wir, die Deutsche Patientengewerkschaft, lehnen ebenfalls Ihre vorgeschlagene Kopfpauschale ab, weil Ihr Vorschlag sozial ungerecht ist.

Beiliegend senden wir Ihnen unsere Unterschriftensammlungen, in denen die Bevölkerung zum Ausdruck bringt, dass auch sie gegen die Umsetzung der Kopfpauschale ist.

Wir möchten Ihnen unsere Vorschläge für eine gerechte Gesundheitsreform unterbreiten:

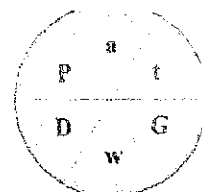
1. Abschaffung der vielen gesetzlichen Krankenkassen und Abschaffung aller privaten Krankenkassen.
2. Einführung einer einheitlichen Krankenkasse für alle Bundesbürger ohne private Zusatzversicherungen, denn ein jeder Bundesbürger hat ein Recht auf eine gleichwertige gesundheitliche Behandlung.
3. Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze. Ein jeder Bürger zahlt den gleichen Prozentsatz aus seinem Einkommen als Krankenkassenbeitrag.

Deutschland bezeichnet sich als „Sozialstaat“. Es ist jedoch überhaupt nicht sozial, wenn in einem Bereich wie der Gesundheitsversorgung, Unterschiede nach sozialer und finanzieller Herkunft gemacht werden. In einem wahrhaftigen Sozialstaat muss jeder Bürger eine gleichwertige gesundheitliche Versorgung erhalten.

Auch für wohlhabende Bürger sollte es eine soziale Verantwortung geben, jedenfalls fordern wir diese! Wir fragen uns, wie es ein privat krankenversicherter Mensch mit seinem Gewissen vereinbaren kann, wenn er z. B. bei seiner Behandlung in einem Krankenhaus bevorzugt behandelt und versorgt wird, während der Kassenpatient im Nebenzimmer, nur weil er ein geringeres Einkommen hat, schlechter und nur mit dem Nötigsten behandelt wird. Diese Bevorzugung nehmen Privatversicherte mit einer unfassbaren Überheblichkeit hin.

Herr Rösler, lassen Sie bitte folgende wahrhaft geschehene Situation in einem Krankenhaus vor Ihrem inneren Auge ablaufen:

Ein schwerstkranker Schlaganfallpatient, der sich in einer Rehaklinik befand, musste wegen einer akuten gesundheitlichen Verschlechterung in ein Krankenhaus verlegt werden. Angeblich waren alle Zimmer belegt und aus Platzmangel wurde dieser schwerstkranke Patient in ein 3-




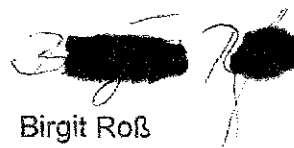
Bett-Zimmer geschoben. Aus einem 3-Bettzimmer wurde ohne Gewissensbisse ein 4-Bettzimmer gemacht. Es war zu eng und der Patient war aufgrund seiner schweren Schlaganfallfolgen sehr ruhebedürftig, bekam diese aber nicht. Der Aufenthalt war für den Erkrankten, seine Ehefrau und die Mitpatienten eine schwere Strapaze. Später erfuhren wir eine Geschichte aus dem selben Krankenhaus. Ein Kassenpatient mit Zusatzversicherung war voller Begeisterung und erzählte, er sei im selben Krankenhaus aufgrund seiner Zusatzversicherung hofiert worden: Einzelzimmer, Zeitung ans Bett, gutes Essen, bevorzugte Behandlung – ein angenehmer, fast urlaubsähnlicher Krankenhausaufenthalt für einen Patienten lediglich mit einer Nasennebenhöhlen-OP!!!!

Dieses sind zwei Geschichten von hunderten, die täglich im deutschen Gesundheitssystem geschehen. Finden Sie, dass das sozial gerecht ist, Herr Rösler? Und genau diese Ungerechtigkeiten, die tagtäglich in Krankenhäusern, Arztpraxen usw. passieren, lassen nur eine Schlussfolgerung zu: Abschaffung aller privaten (Zusatz-) Krankenversicherungen!

Wir bitten Sie um Ihre schriftliche Stellungnahme!

Mit freundlichen Grüßen
Deutsche Patientengewerkschaft e. V.


Ingrid Stempel


Birgit Roß

Anlage:

Unterschriftensammlungen